

Proteste in Georgien: Bürger kämpfen für EU und gegen Regierung!

Tausende pro-EU-Demonstranten protestieren in Georgien gegen die Aussetzung von EU-Beitrittsgesprächen, während die Spannungen steigen.



Tbilisi, Georgien - In einem dramatischen Aufstand in Georgien, der sich über vier Nächte erstreckt, haben zehntausende Pro-EU-Demonstranten in der Hauptstadt gegen die Entscheidung der Regierung protestiert, die Gespräche über einen EU-Beitritt auszusetzen. Die Spannungen zwischen der regierenden Partei Georgian Dream und der Opposition, die der Regierung autoritäre und pro-russische Tendenzen vorwirft, haben sich seit der Ankündigung am Donnerstag, die EU-Gespräche für vier Jahre einzufrieren, weiter verschärft.

Die georgische Innenministerin berichtete am Montag von 21 verletzten Polizisten während der gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Demonstranten. Insgesamt

wurden 224 Personen während der Proteste festgenommen, die von der pro-westlichen Präsidentin Salome Zourabichvili unterstützt werden. In einem leidenschaftlichen Aufruf über X betonte Zourabichvili: „Eine weitere kraftvolle Nacht der Georgier, die fest stehen, um ihre Verfassung und ihre europäische Wahl zu verteidigen. Die Entschlossenheit auf den Straßen zeigt keine Anzeichen des Stopps!“

Proteste breiten sich aus

Die Unruhen haben sich über die Hauptstadt hinaus ausgebreitet, mit Berichten über Proteste in mindestens acht Städten. In der Stadt Poti, dem wichtigsten Handelsport Georgiens, blockierten Demonstranten eine Zufahrtsstraße. In Khashuri, einer Stadt mit 20.000 Einwohnern, wurden Eier auf das Büro der Georgian Dream geworfen. Die Regierung unter Premierminister Irakli Kobakhidze hat die Forderungen nach Neuwahlen zurückgewiesen und die Vorwürfe über manipulierte Wahlen als unbegründet bezeichnet.

Die Situation wird durch die internationale Reaktion verschärft, nachdem Washington angekündigt hat, eine strategische Partnerschaft mit Tiflis auszusetzen. Kobakhidze bezeichnete dies als „vorübergehendes Ereignis“ und versicherte, dass Georgien mit der neuen Regierung von Präsident-elect Donald Trump im Januar Gespräche führen werde. Präsidentin Zourabichvili erklärte, sie werde nicht zurücktreten, da das neue Parlament illegitim sei und keine Autorität habe, ihren Nachfolger zu benennen.

Details	
Vorfall	Körperverletzung, Protest
Ursache	Proteste gegen die Regierung
Ort	Tbilisi, Georgien
Verletzte	21
Festnahmen	224
Quellen	• www.aljazeera.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at